

DIE ZEITUNG DER DELEGATION DIE LINKE. IM EUROPAPARLAMENT

europa **ROT**

EU LEIDET UNTER CORONA – DEUTSCHER RATSVORSITZ AN IDEENLOSIGKEIT

LINKE STANDPUNKTE



LIEBE LESER*INNEN, LIEBE GENOSS*INNEN, LIEBE FREUND*INNEN,

„Gemeinsam Europa wieder stark machen“ war die Losung der Kanzlerin zu Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union. Seit Juli leitet die Bundesregierung für sechs Monate die Geschicke der EU und gibt (zumindest teilweise) die Agenda der Staats- und Regierungschef*innen der EU vor. Und die Kanzlerin hatte sich viel vorgenommen: besseren Klimaschutz, demokratische Grundrechte in der EU zu sichern, digitale Souveränität voranzutreiben und eine solidarische Migrationspolitik durchzusetzen.

Doch ich kann getrost sagen, dass wir von diesen großen – und groß angekündigten – Schritten bis jetzt nicht mehr als ein paar Stolperer sehen konnten. Von Anfang an dominierten die Corona-Pandemie und deren fatale Auswirkungen auf Wirtschaft und unseren Alltag die deutsche Präsidentschaft. Zugegeben, dafür konnte die Bundesregierung herzlich wenig. Aber dass sie wichtige Entscheidungen nicht vorantreiben konnte und in ihrer Ankündigungspolitik stecken blieb, muss sie sich ans Revers heften lassen. Als DIE LINKE. im Europaparlament haben wir diese Entwicklungen immer kritisch begleitet, [entsprechende Vorschläge gemacht und eigene Schwerpunkte gesetzt](#).

Leider haben sich auch die hehren Versprechen von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen entweder vollständig in Luft aufgelöst oder sich als Tropfen auf viele heiße Steine entpuppt. Die EU balanciert seit Weltfinanzkrise, humanitärer und Menschenrechtskrise, der Brexit-Entscheidung der Brit*innen und nicht zuletzt seit der Corona-Pandemie auf einem Drahtseil, ohne Netz und doppelten Boden. Ein harter Aufprall ist nur eine Frage der Zeit.

Die Corona-Pandemie machte die dramatischen Fallstricke, Defizite und Schwächen der Europäischen Union noch deutlicher, als vorher schon zu sehen war. Die fehlende Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten in der Gesundheitspolitik war besonders am Anfang der Corona-Krise offensichtlich. Der jahrzehntelange Kürzungs- und



Martina Michels auf dem linken oberen Bildschirm bei einer Ausschusssitzung zugeschaltet © Peter Cichorius

Privatisierungswahn, der maßgeblich vom damaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble in der EU durchgedrückt wurde, höhlte viele Gesundheitssysteme aus und verhinderte eine viel schlagkräftigere, europäische Antwort auf die Pandemie und die folgende Wirtschaftskrise.

Erst sehr spät und unter deutscher Ratspräsidentschaft einigten sich die Regierungen auf einen neuen mehrjährigen Haushalt und ein Corona-Hilfspaket. Immerhin, möchte man sagen. Doch der kommende Haushalt ist durchzogen von Kürzungen in wichtigen Bereichen, die für die Zukunft der EU zentral und wichtig sind. Stattdessen soll mehr Geld in die Militarisierung der EU gesteckt werden. Dagegen stellen wir uns vehement. Das Corona-Hilfspaket ist nur zeitlich befristet und viel zu klein angesichts der Größe der Probleme. Diese Einigungen erkaufte sich die Bundesregierung von Polen und Ungarn damit, dass Geld für EU-Staaten nicht daran gebunden wird, ob rechtsstaatliche Prinzipien wie unabhängige Justiz und Medien garantiert werden. Auch

der Klimaschutz wurde zusammengestrichen und eine menschenwürdige und solidarische Migrationspolitik steht weiter in den Sternen. Die Brexit-Verhandlungen stocken und wenn die Bundesregierung nicht aufpasst, stürzt Großbritannien am 1. Januar 2021 ohne neuen Vertrag aus der EU, mit fatalen Folgen für die Wirtschaft auf beiden Seiten des Ärmelkanals.

Als DIE LINKE. im Europaparlament möchten wir Euch mit dieser Ausgabe der EuropaROT eine Zwischenbilanz der deutschen Ratspräsidentschaft und der aktuellen Politik der EU liefern. Wir wollen Euch linke Alternativen zeigen, wie die EU besser für die Zukunft aufgestellt werden sollte. Ich hoffe auf Euer Interesse und wünsche Euch eine spannende Lektüre.

Mit solidarischen Grüßen

Eure Martina Michels

Brüsseler Wahrzeichen mit MNS-Maske © Konstanze Kriese



Martina Michels und Kollegen bei einer Protestaktion vor dem Brüsseler Parlament, Oktober 2020 © THE LEFT in the EP



PARLAMENT IN CORONA-ZEITEN

REDAKTIONSTEAM europaROT

2020 – die gesamte EU steht zeitweise still. Und die Corona-Pandemie macht auch vor dem EU-Parlament nicht Halt. Doch wie hält man das Parlament am Laufen, um wichtige Entscheidungen für die Europäer*innen in Krisenzeiten zu treffen? Das fragten sich alle Abgeordneten und Mitarbeiter*innen in den ersten Tagen nach dem ersten „Lockdown“. Einen Plan gab es nicht. Viele Mitgliedstaaten schlossen ohne Absprachen ihre Grenzen, Zugverbindungen und Flüge wurden eingestellt, Einreisen beschränkt. Für Abgeordnete und viele Mitarbeiter*innen, die am Wochenende in ihre Heimatländer pendeln, eine große Hürde.

Doch es musste weitergehen. Improvisieren war angesagt: Die wichtigsten Sitzungen wurden als Telefonkonferenzen abgehalten, bis nach und nach Ausschuss- und Fraktionssitzungen, Verhandlungen und Beratungen über Gesetze auf Videokonferenzen umgestellt wurden. Die Technik ließ anfangs zu wünschen übrig. Zum Beispiel die Verdolmetschung, ohne die in einem supranationalen Parlament mit 24 Sprachen kaum gearbeitet werden kann, musste erst auf digitales Arbeiten umgestellt werden. Nachdem ein Weg gefunden war, wie die Abgeordneten aus der Ferne abstimmen konnten, mussten nur noch diejenigen nach Brüssel, die Redezeit im Plenarsaal bekamen. Um mögliche Infektionen niedrig zu halten, war das ein wichtiger Schritt.



Helmut Scholz in der Fraktionssitzung von THE LEFT in the European Parliament © THE LEFT in the EP



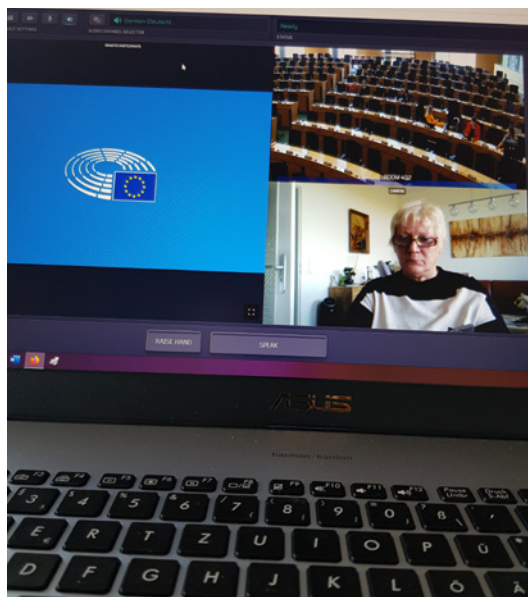
Özlem Alev Demirel vor dem Brüsseler Parlament bei Protesten der Abgeordneten nach dem Brand im Camp Moria auf Lesbos © THE LEFT in the EP

Gesetze. Beim mehrjährigen EU-Haushalt für die Jahre 2021–2027 wurde ein erster Kompromiss gefunden, die EU verhandelt noch mit Großbritannien über die künftigen Beziehungen, über das Migrationspaket wird gestritten, an einem europäischen Mindestlohn gefeilt, Investitionsprogramme und Partnerschaftsabkommen mit Drittstaaten wurden beschlossen. Um nur einiges

wurden selbst die Abgeordneten gebeten, nur noch im Notfall nach Brüssel zu kommen. Seit Oktober können die Mitglieder des EPs auch eine Rede halten, wenn sie in der Vertretung des EPs (EPLÖ) in ihrem jeweiligen Heimatland erscheinen. Vorher konnten sie ihr Rederecht nur in Brüssel wahrnehmen. In Brüssel darf nur noch ein*e Mitarbeiter*in pro Abgeordnetenbüro zeit-



Cornelia Ernst in einer Ausschusssitzung im Europaparlament in Brüssel © THE LEFT in the EP



Martina Michels bei einer Ausschusssitzung per Video zugeschaltet © Martina Michels



Martin Schirdewan leitet eine der letzten Fraktionssitzungen mit physischer Anwesenheit © THE LEFT in the EP

Auch wir als DIE LINKE. im Europaparlament stellten zügig auf Videokonferenzen um. Nach anfänglichen Schwierigkeiten wurde die Technik besser, der Umgang damit souveräner. Auch die deutsche Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli begann, musste sich verstärkt ins Digitale zurückziehen. Das machte uns die Arbeit und die kritische Begleitung der EU-Politik der Bundesregierung nicht leichter.

Trotz der widrigen Umstände verhandeln unsere Abgeordneten weiter in ihren Fachgebieten mit der Europäischen Kommission und dem Rat über

zu nennen. Auch außerhalb des Parlaments machen unsere Abgeordneten weiter. Weil nur wenige Präsenz-Veranstaltungen möglich sind, debattieren unsere linken EP-Mitglieder zum Beispiel in Webinaren über Migration, Klimaschutz, die US-Wahlen und die Zukunft der EU.

Anfang November verschärfte EP-Präsident Sassoli nochmals die Regeln. Seit Monaten sind Besucher*innen und externe Fachleute aus den Gebäuden verbannt. Veranstaltungen und Anhörungen finden seit April nicht mehr statt. Jetzt

gleich das Gebäude betreten. Glücklicherweise kann das Meiste im „Home-Office“ abgearbeitet werden. So nimmt das EP auch seine Vorbildrolle wahr, um die Pandemie zu bekämpfen. Doch es muss auch uneingeschränkt in der Lage bleiben, Entscheidungen zu treffen. Über die erweiterte Geschäftsordnung, die genau das möglich machen und auf Notfallsituationen – wie die jetzige Pandemie – angepasst werden soll, muss das EP so schnell wie möglich abstimmen.

KEIN ERBARMEN FÜR STEUERFLUCHT

Von Martin Schirdewan

Diesen Sommer wurde ich zum Mitglied im neuen ständigen Unterausschuss für Steuerfragen (FISC) ernannt. Das Europäische Parlament hatte in der Vergangenheit bereits zeitlich begrenzte Sonderausschüsse eingerichtet, um die Skandale um die Luxemburg-Leaks, die Panama Papers und die Paradise Papers zu untersuchen. Unsere EP-Linksfraktion setzte sich seit vielen Jahren für einen ständigen Unterausschuss ein, der sich dauerhaft mit Fragen der Steuervermeidung, des Steuerbetrugs und der Steuerhinterziehung befasst.

Bei der Arbeit im Unterausschuss gibt es drei Hauptziele: Erstens darf es keine Toleranz für Steueroasen innerhalb der EU geben. Zweitens brauchen wir neue Formen der Besteuerung für große, teils monopolartige Technologiekonzerne, die aufgrund ihrer hohen Mobilität einfach Steuern vermeiden können. Und drittens braucht die EU Steuern, um die wachsende Ungleichheit innerhalb der Gesellschaften zu bekämpfen.

NULLTOLERANZ FÜR EU-STEUEROASEN

Bei Steueroasen denken die meisten zuerst an eine karibische Insel. Mit Blick auf das Ausmaß der Steuervermeidung, das heißt auf die Gesamtsumme der von Unternehmen und großen Technologiekonzernen „vermiedenen“ Steuern, wird deutlich, dass die Steueroasen in Mitgliedstaaten der Europäischen Union tatsächlich den größten Schaden anrichten. Die Niederlande, Irland und Luxemburg sind drei der schlimmsten Körperschaftsteueroasen der Welt, und Zypern, Malta und Ungarn liegen nicht weit dahinter.

Auch Großbritannien und seine Überseegebiete gehören zu den Haupttätern, sowohl wenn es um Steuerhinterziehung als auch wenn es um Schattenwirtschaft geht. Deutschland hat seit 2018 durch Reformen die Bekämpfung der Schattenwirtschaft verbessert, hat aber noch einen weiten Weg vor sich.

Trotz mehrerer EU-Initiativen in den letzten Jahren, wie beispielsweise die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken, ermöglichen die genannten Mitgliedstaaten weiterhin ungestraft Steuervermeidung in großem Stil. Wichtige Reformen wie das Country-by-Country Reporting und eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage wurden im Rat blockiert, weil jeder Mitgliedstaat ein Veto in Steuerfragen hat.

Die EU muss dieses Vetosystem dringend reformieren. Das Erfordernis einer einstimmigen Abstimmung im Rat sollte durch ein System mit einfacher Mehrheit ersetzt werden. Bis dahin



Martin Schirdewan in der Plenardebatte des Europaparlaments zur Übernahme des Ratsvorsitzes durch die Bundesregierung © European Union 2020 – Source: EP

sollten „Koalitionen der Willigen“ in die Lage versetzt werden, wichtige Reformvorschläge voranzutreiben.

Die von der EU entwickelte „Schwarze Liste für Steueroasen“ ist zutiefst fehlerhaft. Von Anfang an haben viele, die sich für internationale Steuergerechtigkeit einsetzen, diese schwarze Liste mit großer Skepsis betrachtet und festgestellt, dass der gesamte Prozess zur Erstellung der Liste stark politisch gefärbt und infolgedessen nicht geeignet ist, Steueroasen wirksam zu bekämpfen und die entsprechenden Mitgliedstaaten zu Reformen zu drängen.

Die EU-Staaten werden bei der Erstellung der Liste von Beginn an automatisch ausgeschlossen. Auf Betreiben des Vereinigten Königreichs und anderer wurde sichergestellt, dass Staaten, die ihre Steuersätze auf null senken, nicht automatisch in die Liste aufgenommen werden. Darüber hinaus verläuft der Auswahlprozess für die Liste völlig intransparent und ist dadurch anfällig für den Einfluss von Lobbyist*innen.

Im Oktober wurden die Cayman Islands von der schwarzen Liste der Steueroasen der EU gestrichen, anschließend standen nur noch zwölf Staaten drauf. Es ist ein Treppenwitz, dass Länder mit einem Steuersatz von null nicht automatisch auf die schwarze Liste gesetzt werden.

Die Kommission hat angedeutet, dass sie versuchen wird, den bislang nicht angewendeten Artikel 116 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU zu nutzen, um bestimmte Formen der

Steuervermeidung in den EU-Mitgliedstaaten zu beenden. Ziel des Artikels ist es, Verzerrungen des Binnenmarktes zu beseitigen. Das wäre ein begrüßenswerter Schritt. Die Kommission könnte jedoch vor den gleichen Problemen stehen wie bei der Anwendung ihrer Vorschriften für staatliche Beihilfen zur Bekämpfung der Steuervermeidung. Das zeigte sich jüngst bei der Entscheidung des EU-Gerichts in Luxemburg, das die Steuernachforderungen der EU-Kommission an Apple in Irland für nichtig erklärte. Langfristig brauchen wir eine politische Lösung, die auf dem Prinzip der Nulltoleranz für EU-Steueroasen basiert.



Nicht alle machen ihre Steuererklärung © Tim Reckmann

BESTEuerung DER GROSSEN TECHNOLOGIEKONZERNE



Google-Headquarters in Irland © Geralt

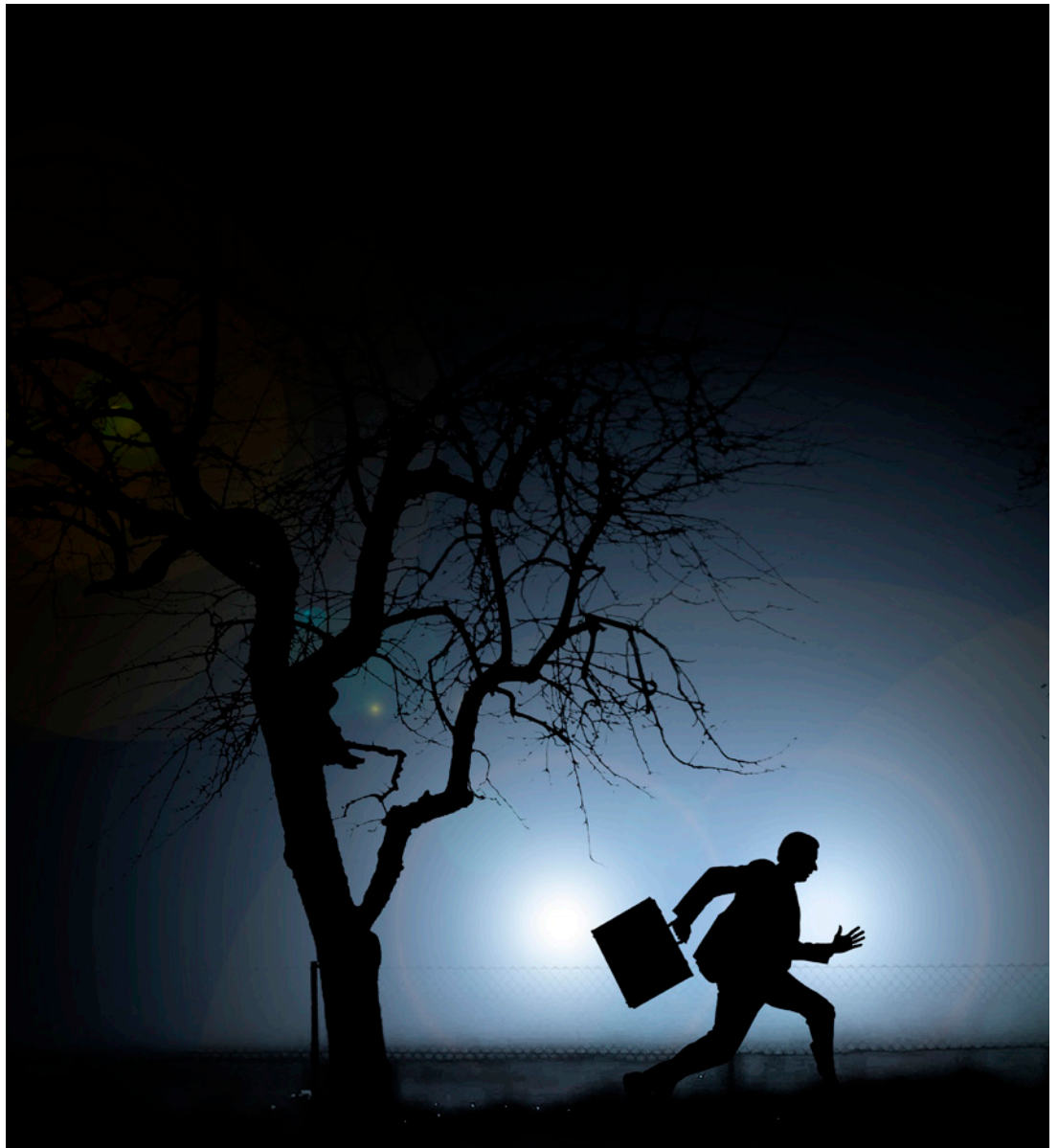
Auf der ganzen Welt haben die großen Technologiekonzerne, insbesondere die sogenannten „FAANGs“ – Facebook, Amazon, Apple, Netflix und Google – unvorstellbare Reichtümer angehäuft. Gleichzeitig haben sie dabei geschickt die Zahlung von Steuern vermieden. Das ist hauptsächlich auf die hohe Mobilität dieser Monopole und ihre Abhängigkeit von „immateriellen Vermögenswerten“ wie Daten und geistigem Eigentum sowie auf ihren erfolgreichen Lobbyismus zurückzuführen.

In allen EU-Staaten zahlen Digitalunternehmen im Durchschnitt einen effektiven Körperschaftsteuersatz von zehn Prozent – etwa die Hälfte des effektiven Steuersatzes für andere Unternehmen. Aufgrund der Verbreitung von Steuervermeidungssystemen und insbesondere von Steuervergünstigungen für geistiges Eigentum in vielen EU-Mitgliedstaaten liegt dieser effektive Steuersatz in vielen Fällen weit unter zehn Prozent und manchmal sogar zwischen null und einem Prozent.

Bei den Mitgliedern der OECD besteht keine Einigkeit darüber, wie Punkt 1 des Aktionsplans zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung umgesetzt werden soll, ob eine Digitalsteuer geschaffen werden und wenn ja, wie diese ausgestaltet werden soll. Während die jüngsten Berichte der OECD zu diesem Thema darauf hindeuten, dass eine grundlegende Umgestaltung des internationalen Steuersystems bevorsteht, ließ der Widerstand der Trump-Regierung Zweifel an entsprechenden Reformen aufkommen.

Mehrere EU-Mitgliedstaaten versuchen, dieses Problem allein anzugehen, indem sie ihre eigenen Digitalsteuern einführen. Eine wirksame Digitalsteuer muss jedoch EU-weit für den Umsatz großer Digitalkonzerne eingeführt werden (im Gegensatz zur üblichen Gewinnsteuer, die mit Hilfe von Buchhaltungstricks minimiert werden kann). Noch wichtiger ist, dass wir einen neuen Besteuerungsansatz für die digitale Wirtschaft brauchen.

Dabei können wir nicht auf Ergebnisse der OECD warten, denn das würde wahrscheinlich bedeuten, dass auf Jahre hinaus keinerlei Maßnahmen zur Besteuerung von Digitalkonzernen ergriffen werden.



Steuerflucht ist auch bei Unternehmen kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die demensprechend bestraft gehört © Geralt

STEUERREICHTUM

Die Corona-Krise hat dazu geführt, dass das Vermögen der reichsten Unternehmen gestiegen ist, während die Krise arme Menschen am härtesten getroffen hat. Die ohnehin vorhandene Ungleichheit nimmt stark zu. Das ist nicht nur ein sich verschärfendes Problem für Arbeitnehmer*innen und die Gesellschaft, sondern auch für die Demokratie.

Die EU muss schnell handeln um sicherzustellen, dass die ärmsten Menschen in Europa in der Corona-Krise nicht zurückgelassen werden. Die Staaten müssen massiv in ihre Wirtschaft eingreifen, um sicherzustellen, dass die Menschen das haben, was sie zum Überleben brauchen, insbesondere während der Lockdowns und der daraus resultierenden hohen Arbeitslosigkeit.

Das 750-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket der EU ist ein begrüßenswerter erster Schritt. Es ist aber längst nicht ausreichend, um das gesamte Ausmaß dieser Wirtschaftskrise zu bewältigen. Die Kommission rechnet in einigen Mitgliedstaaten wie Spanien im Jahr 2022 mit einer Arbeitslosenquote von 20 Prozent. Das erfordert massive öffentliche Investitionen in den am stärksten betroffenen EU-Mitgliedstaaten. Neue Eigenmittel werden dabei eine wichtige Rolle spielen.

Die EU muss neue Vermögensteuern, neue Unternehmenssteuern und eine EU-weite Finanztransaktionssteuer einführen, damit die Reichen ihren Teil zum Wiederaufbau beisteuern und die zunehmende Ungleichheit in der Gesellschaft gestoppt wird.

An all diesen Themen werden wir in den kommenden Monaten und Jahren intensiv arbeiten. Der erste Schritt wird darin bestehen, die Bundesregierung aufzufordern, wichtige Initiativen wie das Country-by-Country Reporting und die Finanztransaktionssteuer während der verbleibenden Zeit der deutschen Präsidentschaft im Rat voranzutreiben.

© Sven Serkis



Martin Schirdewan
Ko-Vorsitzender der Konföderalen Fraktion THE LEFT in the European Parliament

BEIM GELD HÖRT DIE FREUNDSCHAFT AUF – UND FÄNGT SOLIDARITÄT AN

Von Martina Michels und Nora Schüttpelz



EU-Budget und das Europäische Parlament
© Konstanze Kriese

Eigentlich soll am 1. Januar 2021 ein neuer Sieben-Jahres-Haushalt in Kraft treten. Dann beginnt eine neue Förderperiode der EU-Strukturfonds und es sollen endlich neue Fördertöpfe für Regionen und Kommunen zur Verfügung stehen. Im Juli hatten sich die EU-Staats- und Regierungschefs und -Chefinnen auf ein 1,8 Billionen Euro schweres Finanzpaket geeinigt. Warum kann das Europaparlament (EP) damit nicht zufrieden sein?

Erstens handelt es sich um zwei Pakete: Zum einen um den normalen EU-Haushalt für die Jahre 2021–2027, in den alle Mitgliedstaaten einzahlen und der vom EP demokratisch kontrolliert wird. Und zum anderen geht es um ein 750 Milliarden Euro schweres Wiederaufbaupaket, das kreditfinanziert ist und (nur) bis 2024 für besondere Aufgaben bei der Krisenbewältigung zur Verfügung steht.

Zweitens verdeckt dieses Vermischen von zwei Paketen, dass im EU-Haushalt de facto an fast allen wichtigen Stellen erneut kräftig gekürzt wird. Als Linksfraktion stehen wir hinter der Forderung des EPs, wenigstens die Vorzeige-Programme wie Erasmus+ für europäischen Bildungsaustausch, den Just Transition Fonds zur Unterstützung des sozial-ökologischen Strukturwandels in Kohleregionen, das „Kreatives Europa“-Programm für die Kulturförderung, die humanitäre Hilfe, Forschungsförderung und Digitalisierung deutlich aufzustocken. Die verkündeten sozialen und Klimaschutz-Ziele müssen sich auch im Haushalt niederschlagen und die demokratische Beteiligung des Parlaments muss gewährleistet sein. Wir wollen aber Kürzungen in der Regionalpolitik nicht hinnehmen. Auch für eine bessere, menschlichere Migrationspolitik bräuchte es mehr Geld für Integrationsprojekte vor Ort. Stattdessen kann man den geplanten Verteidigungsfonds getrost auf der Müllkippe des vergangenen Jahrhunderts entsorgen. Die Mehrheit der Bürger*innen traut der EU zu, die Krisenbewältigung voranzubringen.

77 Prozent glauben, dass die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Grundsätze durch die nationalen Regierungen Bedingung für den Bezug von EU-Mitteln sein sollte. Gesundheit, Klimaschutz, Arbeit und Soziales, Kultur und Bildung rangieren ganz oben in der Liste der Aufgaben, die die EU erfüllen soll. Dass Schuldenbremsen und falsche Sparpolitik die Krisen nur verschärfen, hat die Finanzkrise von 2008 einmal mehr bewiesen. Wie wäre es, wenn die deutsche Ratspräsidentschaft mal auf die Bürger*innen hört?

-Kraftwerke und mit Kohle befeuerte Produktion gibt es aber in 96 EU-Regionen. 231.000 Arbeitsplätze hängen direkt daran, 160.000 davon könnten bis 2030 verlorengehen. Mit kluger Politik und ausreichender Förderung könnten 315.000 neue Jobs im Bereich der sauberen Energien und Produktionstechnologien entstehen. Sachsen-Anhalt, Brandenburg, das Saarland, die Gebiete in und um Münster, Köln, Düsseldorf, Dresden und Leipzig gehören zu diesen Regionen mit Strukturschwächen. Gleichmaßen weisen sie aber auch Potenzial auf für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Schaffung moderner Produktion.



Schmutzige, fossile Energieträger müssen endlich der Vergangenheit angehören. © Andreas Poznanski

STRUKTURWANDEL – ABER RICHTIG

Die EU hat sich vorgenommen, bis 2030 den Ausstoß von Treibhausgasen um wenigstens 55 Prozent zu verringern und bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Der Übergang zu sauberen Energien ist eine große Herausforderung für Kohle- und solche Industrieregionen, die von der Nutzung fossiler Energien abhängig sind. Deshalb hat das Europaparlament die Idee eines neuen Strukturfonds vorgebracht, für den die EU-Kommission unter dem Namen „Just Transition Fonds“ (JTF) im Januar 2020 einen Gesetzentwurf vorlegte. Dieser soll die EU-Förderpolitik in den besonders vom notwendigen Strukturwandel betroffenen Regionen ergänzen und das soziale Herz des Europäischen „Green Deal“ werden.

Zu etwa gleichen Anteilen sollen die Mittel nach wirtschaftlichen und sozialen Kriterien verteilt werden, je nachdem wie hoch der CO₂-Ausstoß bisher ist und nach der Anzahl der Beschäftigten im Kohleabbau und in den betroffenen Industrien. Deutschland und unser Nachbarland Polen liegen bei beiden Kriterien ganz vorn. Kohle-Minen und

Doch wie so oft geht es auch hier ums Geld: 7,5 Milliarden Euro wollen die Regierungen zum JTF beisteuern. Zehn Milliarden könnten außerplanmäßig aus dem kreditfinanzierten Corona-Krisen-Wiederaufbauprogramm bis 2024 hinzukommen. Doch auch das ist meilenweit entfernt von 42 Milliarden Euro, die in Deutschland allein den Kohleunternehmen in Aussicht gestellt werden. Ein sozial-ökologischer Umbau ist das noch nicht.

© Louise Schmidt



Martina Michels
Sprecherin der Delegation DIE LINKE.
im Europaparlament

ZU GAST IM KOSMETIKSTUDIO VON FRAU VON DER LEYEN

Von Martina Michels und Konstanze Kriese

Sie schlossen als erste und öffneten als letzte, wenn sie die Corona-Pandemie denn überlebten: die Kinos, Konzerthäuser, Clubs, Theater, Sportstätten. Im Sommer waren manche Tempel des Dialogs und des Vergnügens zurück. Kultur in kommunaler Obhut konnte Proben- und Spielpausen zum Teil verkraften. Doch auch dort arbeiten Freischaffende. Und: Die Häuser haben Kantinen, die oft Treffpunkt vieler Berufstätiger sind, die gerade aber wieder im Homeoffice arbeiten.

Ähnlich und doch anders erging es Schulen und Unis, die – außer von Corona – zusätzlich davon erschüttert wurden, dass auch Lehrerinnen und Lehrer wie 43 Prozent aller EU-Bürger*innen nur bescheidene digitale Kompetenzen haben. Über die lückenhafte digitale Infrastruktur wurden bereits genug Worte verloren. Wer auf dem platten Lande im Lockdown landete, konnte oftmals nur noch in den Wald pfeifen.

Kunst und Corona – egal ob gutbürgerlich oder schräg – sind nur bei Streamingdiensten und Mediatheken ein Liebespaar. Kulturproduzent*innen erwirtschaften immerhin vier Prozent des europäischen BIPs. Sie schufen 7,4 Millionen Arbeitsplätze, darunter leider viele prekäre. Was macht nun die EU für Kultur und Bildung?

EU-Institutionen haben ein schillerndes Kosmetikstudio der Corona-Hilfen eröffnet. Natürlich geht es um Geld, nicht um Dekoration. Es werden immerhin – wie bei einer Geschäftseröffnung üblich – Schulden aufgenommen: Nicht bei der Europäischen Zentralbank, so doch beim EU-Haushalt – eine seltsame Lösung, aber diese sichert ein wenig demokratische Kontrolle.



Auf der Alarmstufe-Rot-Demo am 9.9.2020 in Berlin © Konstanze Kriese

Gleich zwei Resolutionen hat das Europaparlament bis Oktober 2020 verabschiedet, die sich mit Kultur und Bildung während der Pandemie beschäftigen. Das darf nicht über zwei Umstände hinwegtäuschen: Erstens sind die Mitgliedstaaten für Kultur und Bildung zuständig. Zweitens ist es absurd, dass die EU-Kommission vorschlug, ausgerechnet die Budgets der europäischen Flaggschiffprogramme – das Bildungsprogramm Erasmus+ und das Kulturprogramm Kreatives Europa – zu kürzen. Um das zu retuschieren, holt die Kosmetikerin von der Leyen einen Energy-Booster aus der Schublade: Das Corona-Hilfspaket der EU-Kommission, das 750 Milliarden Euro schwere NextGenerationEU-Programm. Es soll, wie glitzerndes Make-up, die Risse im Haushalt zuspachteln.

Wenn die politische Unterstützung für Kultur und Bildungsreformen hinter derartigem Styling verschwindet, zahlen wir am Ende alle drauf. Wenn Fake-News, Terror gegen Pädagog*innen wie Samuel Paty in Frankreich und Rassismus blühen, dann sind die Räume, in denen wir Zukunft diskutieren, ganz offensichtlich unterfinanziert. Doch die deutsche Ratspräsidentschaft hat sich entschieden, auf diese Maskerade nur noch etwas Rouge zu schmieren.

Der Kampf um einen garantierten Corona-Hilfsfonds-Ansatz, wie beispielsweise zwei Prozent für Kultur und passgenaue Corona-Hilfen zu nutzen, geht also weiter. Es wird Zeit, dass die Soloselbständigen einen Unternehmens-Lohnersatz bekommen, denn die beste Infrastruktur braucht eine Kapelle, die nicht nur beim Kentern ein letztes Mal spielt.

BLOG ZUR UMSETZUNG DES URHEBERRECHTS IN DEN MITGLIEDSTAATEN IST ONLINE

von Martina Michels



Umsetzung der
EU-Urheberrechtsrichtlinie

Neben dem Einsatz für eine humane Flüchtlingspolitik und bei Fridays-for-Future schafften es junge Leute kurz vor den Europawahlen, mit „Save the Meme“ massenwirksam zu punkten. Achselzuckende John Travoltas, bekannte Gesichter, denen neue Botschaften in den Mund gelegt wurden, gehören zum Kommunikationsalltag des Internets. Derartige Memes werden bei

Wikipedia mit der schönen Nebenerklärung „Kulturphänomen“ vorgestellt. Memes sind auch nach der EU-Urheberrechtsreform von 2019 bedroht, denn bis zum Frühjahr 2021 sind die Mitgliedsländer aufgefordert, einem Teil der Player im Netz den Anzeigenmarkt frei zu fegen. Spärlich sind deshalb die Ausnahmen vom Urheberrecht in der Bildung, dem Kulturerbe und den

Wissenschaften geraten. Es gibt allerhand zu tun, hier die Türen weiter zu öffnen, so lange es noch geht. Wir laden ein, die gesetzlichen Vorschläge der Regierungen zur Umsetzung der Urheberrechtsrichtlinie zu debattieren und für die besten, die uns allen beim Zugang zu Wissen, Kultur und Information nützen, zu kämpfen: Schaut vorbei: <https://eu-copyright-implementation.info/>

EUROPA WIRD UNFRIEDLICHER

WIE DIE MILITARISIERUNG DER EU VORANGETRIEBEN WIRD

Von Özlem Alev Demirel

Nur verhandeln und mit wirtschaftlichen Vorteilen zu locken reicht nicht aus? Muss die Europäische Union „selbstbewusster“ werden und eine eigene Rüstungs- und Verteidigungspolitik entwickeln? Das will zum Beispiel Josep Borrell, der „Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik“, sozusagen der Außenminister der EU. Er sagt, die Zeit des „naiven Europas“ sei vorbei und meint, dass gerade jetzt, wo es immer mehr Spannungen zwischen den USA und China gibt, die EU militärisch unabhängiger werden müsse. Sogar die Corona-Pandemie und eine durch sie angeblich veränderte Weltlage müssen als Begründung herhalten.

Es werden Gründe gesucht, warum im neuen EU-Haushalt nun auch Milliardenbeträge für Militarisierungsprojekte und Kriegsgerät zur Verfügung gestellt werden sollen. Dabei sind diese Pläne gar nicht so neu. Nachdem Großbritannien beschloss, die EU zu verlassen, nutzten Deutschland und



Waffen und Munition stehen nach wie vor weit oben bei der deutschen Exportwirtschaft © Martin Heinlein

dazu verpflichtet, ihre Militärausgaben immer weiter zu erhöhen und die militärische Zusammenarbeit zu verstärken. Nach und nach wurden aber auch Stimmen lauter, die nach einer sogenannten Verteidigungsunion riefen. Manche wünschen sich, dass die Europäische Union eine Art NATO für Europa wird.

Da kein Staat der Welt die EU militärisch direkt bedroht, stellt sich die Frage: Wer soll hier eigentlich wen gegen was verteidigen? Die Antwort

Jetzt folgen die nächsten Vorhaben: Die Europäische Kommission schlug vor, mit dem neuen EU-Haushalt („Mehrjähriger Finanzrahmen“, kurz: MFR) ab 2021 zum ersten Mal ganz offen auch einen Europäischen Verteidigungsfonds mit über sieben Milliarden Euro zu finanzieren. Im MFR werden die groben Linien für die Ausgaben der kommenden sieben Jahre abgestimmt. Das Geld aus dem Verteidigungsfonds soll dazu dienen, die Erforschung und Beschaffung von großem, auf europäischer Ebene hergestelltem Kriegsgerät besser fördern zu können. Zudem sollen Unsummen (13,202 Milliarden Euro) zur Verfügung gestellt werden für auch militärisch nutzbare Weltraumprogramme sowie für Infrastrukturmaßnahmen, die die Verlegbarkeit von Kriegsgerät erleichtern sollen (1,5 Milliarden Euro). Mit diesem Geld kann dann zum Beispiel gefördert werden, dass irgendwo in der EU eine neue Brücke so gebaut wird, dass auch schwere Panzer darüberfahren können. Eine ganze Menge Geld, das man in dieser schlimmen Corona- und Wirtschaftskrise sicher sinnvoller ausgeben könnte.

Und rechtmäßig ist es auch nicht. Der Vertrag der EU verbietet nämlich militärische Ausgaben aus dem EU-Haushalt. Das steht so in Artikel 41, Absatz 2, wo es wörtlich heißt, dass „Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ nicht zulasten des EU-Haushalts gehen dürfen. Diese Vorschrift wird aber einfach ignoriert.

Früher wurde die EU als Friedensprojekt beschworen, das für Ausgleich und Stabilität in Europa sorgen sollte. Für Menschen wie Borrell war dies offensichtlich das „naive Europa“. Jetzt wollen sie ein Europa, das schwer bewaffnet ist und diese Waffen auch überall auf der Welt einsetzt, um so geostrategische und wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Das ist aber sehr gefährlich und macht Europa ganz bestimmt nicht sicherer.



Deutsche Panzer rollen wieder verstärkt über Krisengebiete der Welt © Robert Armstrong

Frankreich die Chance zum weiteren Ausbau der militärischen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern.

2017 hat man dafür PESCO aktiviert – zu Deutsch: „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ – das bedeutet, dass sich Mitgliedstaaten der Europäischen Union verstärkt in einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik engagieren sollen. Mit PESCO haben sie sich unter anderem

steht in der „Global Strategy“ von 2016. Doch „Verteidigung“ kann man das, was dort steht, nicht mehr nennen: Da geht es um die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen und den Schutz wichtiger Handelsrouten überall auf der Welt. Eine weltweite „Sicherheit“ auf den Meeren wird gefordert, weil die für den Handel und den Zugang zu natürlichen Rohstoffen entscheidend sei. Diese „Sicherheit“ will man nun auch mit militärischen Mitteln erreichen können.

EIN LOHN, DER ZUM GUTEN LEBEN REICHT

EIN WUNSCHTRAUM FÜR ALLE BESCHÄFTIGTEN IN EUROPA? NEIN, EIN MUSS!

Von Özlem Alev Demirel

In Deutschland haben wir einen Mindestlohn: Niemand darf für seine Arbeit weniger als 9,35 Euro bekommen. Das ist zu wenig. Bis Mitte 2022 soll der Mindestlohn auf 10,45 Euro steigen – und wird dann auch weiterhin unter der offiziellen Armutsrisikoschwelle liegen. Gewerkschaften, Wissenschaftler*innen und DIE LINKE fordern deshalb eine schnelle Erhöhung auf mindestens zwölf bzw. 13 Euro, die auch für Renten oberhalb des Existenzminimums ausreichen würden. Deutschland hat den Mindestlohn 2015 eingeführt. Lange Zeit standen ihm deutsche Gewerkschaften sehr skeptisch gegenüber. Sie wollten selber mit den Arbeitgebern über die Löhne verhandeln, hatten Sorge, an Einfluss zu verlieren. Nach Jahrzehnten neoliberaler Politik und dem Sozialdumping der „Agenda 2010“ in den 2000er Jahren konnten Tarifverträge aber nicht mehr zuverlässig vor Elendslöhnen schützen.

Neben Deutschland haben noch 20 weitere Länder in der EU einen flächendeckenden Mindestlohn. In den übrigen Staaten wird er für einzelne Branchen tarifvertraglich ausgehandelt. In Zypern erlaubt ein Gesetz von 1941 der Regierung, für bestimmte Berufsgruppen gesetzliche Mindestlöhne festzulegen.

Die Mindestlohn-Systeme innerhalb der EU sind also sehr unterschiedlich, auch ihre Höhe: In Bulgarien beträgt er nur 1,87 Euro pro Stunde und in Luxemburg ist er mit 12,38 Euro am höchsten. Aber reicht er auch zum Leben? Dafür muss er höher liegen als die nationale Armutsgrenze. Die liegt bei 60 Prozent des „Brutto-Medianlohns“. Das ist der mittlere Lohn – 50 Prozent der abhängig Beschäftigten verdienen weniger, 50 Prozent verdienen mehr. Wer weniger als 60 Prozent dieses Medianlohns verdient, gilt als armutsgefährdet. Wo die Löhne allerdings insgesamt sehr niedrig liegen, reicht dieses Kriterium nicht aus.

Nur in Frankreich, Portugal und Schweden liegt der Mindestlohn durchweg oberhalb der Armutschwelle. Aber sogar in Frankreich ist er mit 61,6 Prozent zwar im europäischen Vergleich an der Spitze, aber nur ganz knapp über der nationalen Armutschwelle. Deshalb haben die Gelbwesten auch für seine Erhöhung demonstriert.

In allen anderen Ländern der EU liegt er darunter. Wer also den Mindestlohn verdient, ist offiziell armutsgefährdet oder arm. Wir haben dazu eine Studie in Auftrag gegeben: „Zwischen Armutslöhnen und Living Wages: Mindestlohnregime in



Wir fordern einen Mindestlohn von mindestens zwölf Euro pro Stunde! © Martin Heinlein

der Europäischen Union“. In dieser Studie findet sich zum ersten Mal ein kompletter Überblick der aktuellen Mindestlohn-Situation in der ganzen EU.



© barockschloss

Im Moment wird auch in Brüssel und Straßburg über den Mindestlohn diskutiert, weil sich zahlreiche Menschen in vielen EU-Staaten für Mindestlöhne einsetzen. Das sorgt nun dafür, dass die EU-Kommission unter politischen Druck gerät und mit einem eigenen Vorschlag für einen europäischen Mindestlohn-Rahmen reagiert.

Damit der wirklich etwas verbessert, müsste er regeln, dass jeder europäische Mindestlohn mindestens 60 Prozent des Medianlohns und 50 Prozent des Durchschnittslohns des jeweiligen Mitgliedstaates beträgt. Nur mit dieser zweiten zusätzlichen Bedingung würde beispielsweise auch in Bulgarien – wo der Medianlohn insgesamt zu niedrig liegt – der Mindestlohn steigen. Von solch einem Mindestlohn könnten Millionen prekär Beschäftigte in der EU profitieren. Die permanente Abwärtsspirale aus Sozial- und Lohndumping muss endlich unterbrochen

werden, bevor sich die soziale Situation in der EU noch weiter zuspitzt. Sonst könnten sich auch in dieser Krise wieder prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse stark ausbreiten. Ich habe im Sommer deshalb einen Initiativbericht durchs Parlament gebracht – er zeigt deutlich auf: Jede/r zehnte Beschäftigte in der Europäischen Union kann von seiner/ihrer Arbeit nicht mehr leben. Rund 95 Millionen von 446 Millionen Menschen in der EU leben in Armut oder sind von ihr bedroht und dies betrifft auch 20,5 Millionen unter ihnen, die einen Job haben.

Die Beschäftigten in Europa sind heute Spielball eines Lohnunterbietungswettbewerbs. Gig-, Plattform- und Crowdworker; Schein- und Solo-Selbständige; Ausgliederungen; Fremdvergaben; Subunternehmer*innen; Sub-Unternehmer-Ketten oder Werkverträge – so heißen die Folterwerkzeuge, mit denen gute Löhne verhindert werden. Es wird Zeit, dem etwas entgegen zu setzen.

© THE LEFT in the EP



Özlem Alev Demirel
Stellvertretende Vorsitzende im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)
Sprecherin für Arbeitsmarkt-, Sozial-, Friedens- und Sicherheitspolitik

MOGELPACKUNG: „KLIMAFREUNDLICHES“ ERDGAS

WIR BRAUCHEN EINE ENERGIESYSTEMWENDE OHNE FOSSILE BRENNSTOFFE

Von Cornelia Ernst und Stephen Schindler

Schon seit Jahrtausenden versuchen Menschen, sich die Natur ihren Bedürfnissen zu unterwerfen. Dabei stoßen sie immer wieder an ökologische Grenzen, weshalb sie sich entweder anpassen oder aufgrund klimatischer Veränderungen oder erschöpfter Ressourcen ganze Siedlungen aufgeben mussten. Zumeist waren diese Veränderungen aber lokal oder regional begrenzt und erst im Laufe des 20. Jahrhunderts mussten wir anerkennen, dass die Menschheit als globale Gemeinschaft an die planetare Belastungsgrenze gestoßen ist. Innerhalb weniger Generationen haben wir zu viele endliche Ressourcen ausgebeutet und erneuerbaren Ressourcen nicht die Möglichkeit gegeben, sich zu regenerieren. Aus ökologischer Notwendigkeit heraus müssen wir also unseren Ressourcenverbrauch bzw. dessen ökologischen Schaden drastisch reduzieren. Zeitgleich müssen wir Milliarden von Menschen auf unserem Planeten eine Lebensgrundlage sichern, die teils durch den Klimawandel und teils durch die Bemühungen ihn abzuschwächen gefährdet ist. Darum sprechen wir von einer sozial-ökologischen Transformation, damit es auch einen gerechten Übergang gibt, bei dem Beschäftigte aus den betroffenen Bereichen echte Zukunftsperspektiven haben.

Im Mittelpunkt der globalen Anstrengungen steht die Reduktion der Treibhausgase, die während der Erzeugung von Wärme und Energie aus fossilen Brennstoffen entstehen. Das Pariser Abkommen war ein wichtiger Schritt, um gemeinsame internationale Ziele festzulegen. Im Rahmen des EU-Klimagesetzes sollten die Verpflichtungen gegenüber dem Pariser Abkommen auch im EU-Recht verankert werden, mit dem erklärten Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden. Das bedeutet, der Atmosphäre sollen ab 2050 mehr Treibhausgase durch Böden und Wälder entzogen werden als der Mensch ausstößt. Derzeit rückt die Klimaneutralität aber in weite Ferne, da Großkonzerne, die an fossilen Brennstoffen verdienen, sich durch geschickte Lobbyarbeit zu helfen wussten: Ihnen gelang es, eine Mehrheit im Europaparlament davon zu überzeugen, Erdgas als sogenannte Brückentechnologie im EU-Klimagesetz zu verankern. Ein absurder Coup, der die EU-Klimapolitik zur Farce werden lässt.



Vor der Abstimmung über das neue EU-Klimagesetz bei einer Protestaktion vor dem Parlament in Brüssel
© THE LEFT in the EP

Damit steht Erdgas zukünftig in direkter Konkurrenz zum Ausbau erneuerbarer Energien. Klimaziele hin oder her, so können wir den Klimawandel nicht stoppen, Gas ist eben keine Brückentechnologie. Gas ist eine Investition in fossile Energieträger, die wegen des Methans, das bei der Förderung und dessen Transport austritt, auch besonders schädlich ist. Gern sehen wir Europäer und Europäerinnen uns als globale Vorreiter*innen beim Klimaschutz, aber in Wahrheit sind die wenigsten zu einer mutigen Klimapolitik bereit. Statt den Ausbau Erneuerbarer, Energiespeichertechnologien und nachhaltiger Mobilität voranzutreiben, stürzen sich Politik und Wirtschaft auf eine sogenannte Zwischenlösung, die gar keine ist, denn Infrastruktur, die heute gebaut wird, hat eine wirtschaftliche Lebensdauer von 20 bis 60 Jahren, also weit über 2050 hinaus.

Darüber hinaus besteht eine ernste Gefahr, dass die Ausweitung der Nutzung von Wasserstoff in Industrie und Verkehr von der Erdgaslobby unterwandert wird. Fossile Großkonzerne haben nämlich ein Interesse daran, den strukturellen Status Quo aufrecht zu erhalten und Investitionen in die Energieinfrastruktur auf ihre Bedürfnisse anzupassen. Dabei bedienen sie sich beispielsweise der vielversprechenden Wasserstofftechnologie als Deckmantel, um fossilen Brennstoffen ein Facelift zu geben. Denn Wasserstoff kann nicht nur durch Elektrolyse aus Erneuerbaren hergestellt werden, sondern auch aus Erdgas. Das Endprodukt bleibt im Auge der Verbraucher*innen vermeintlich sauberer Wasserstoff, trotz CO₂-intensiver Herstellung. Schon deshalb kann nicht von einer Brückentechnologie die Rede sein. Zudem macht sich Europa langfristig von Erdgas-Lieferungen aus anderen Erdteilen abhängig, darunter auch

klimaschädliches Fracking-Gas aus den USA, und riskiert teils erhebliches geopolitisches Konfliktpotenzial wie zuletzt die Spannungen zwischen der Türkei und ihren Nachbarn im östlichen Mittelmeer zeigten.

Trotzdem wächst der Druck auf Großkonzerne, die um ihr Monopol im Energiesektor bangen, denn Erneuerbare unterscheiden sich grundlegend von fossilen Brennstoffen: ihre Produktionsweise ist ortsabhängig, kleinteilig und dezentralisiert, was die Eigenenergieproduzent*innen, Genossenschaften und Re-Kommunalisierung der Energieerzeugung begünstigt. Eine Dezentralisierung stellt aber auch andere Anforderungen an das Energiesystem als Ganzes, dazu gehören neue Speichertechnologien, der Netzausbau und intelligente Netzsteuerung. Außerdem kommt es zu einer Sektor-übergreifenden Integration die Elektrofahrzeuge und Wasserstoff als Speichermedium im Energiesystem integriert auch wurden kollektive Lösungen wie effiziente Fernwärme wiederentdeckt. Diesen Prozess können wir als Energiesystemwende bezeichnen.

DIE LINKE. im Europaparlament kämpft für eine soziale und ökologische Energiesystemwende, die auf Erneuerbaren basiert und Eigenenergieproduzent*innen, Genossenschaften, Mieter*innen-Strom und Kommunalisierung fördert. Wir rücken die Bürger*innen in den Mittelpunkt und nicht die Rendite fossiler Großkonzerne! Es geht um Klimaneutralität UND hochwertige Arbeitsplätze, um Teilhabe an der Energiewende UND Bekämpfung von Energiearmut. Ändern wir das System, nicht das Klima!

„SOLIDARITÄT“ HEISST JETZT „ABSCHIEBUNG“

Von Cornelia Ernst und Lorenz Krämer

Am 23. September 2020 legte die EU-Kommission das lange angekündigte Gesetzespaket zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) vor, den sogenannten Migrationspakt. Nur 14 Tage zuvor schockierte uns das Feuer in Moria. Kurz nach dem Brand waren wir als Vertreter*innen unserer Fraktion THE LEFT auf Lesbos. [Den schlimmsten Eindruck machte das neue Lager in Kara Tepe](#), das nur aus Zelten besteht und noch schlechter ausgestattet ist als der niedergebrannte Hotspot Moria. Dennoch wurde dieses Lager von EU-Kommissar Margaritis Schinas als neues Modell angepriesen. Anfang Oktober kam dann das Unvermeidliche: Bei den ersten der für die Jahreszeit üblichen Regenschauern soff das Lager buchstäblich ab. Das neue Modell der Kommission ist gescheitert, noch bevor ihre Gesetzesvorschläge im Europaparlament besprochen werden konnten. Grundidee des Kommissionspaketes ist, wie von Kommissarin Ylva Johansson auf den Punkt gebracht, dass zwei Drittel aller Migrant*innen „Wirtschaftsflüchtlinge“ seien und nicht nach Europa gehörten und deshalb abgeschoben werden müssen. Zur „Prüfung“ dessen würde ein sogenanntes Screening an der EU-Außergrenze zur Pflicht. Davon betroffen wären alle, die in irgendeiner Form „irregulär“ in die EU einreisen – das Anlanden nach einer Seenotrettungsaktion eingeschlossen. Dieses Screening soll rechtlich gesehen vor der Einreise in die EU liegen, danach würden Betroffene einem Asyl- oder Abschiebeverfahren zugeführt. Entschieden würde dann, ob ein Abschiebeverfahren oder ein Asylverfahren begonnen wird oder ob die Überstellung in einen anderen EU-Staat im Rahmen der freiwilligen Umverteilung erfolgen soll. Es gäbe nach dieser Logik zwei Klassen von Asylverfahren: Ein normales und ein Schnellverfahren, das dem deutschen Flughafenverfahren ähnelt. Dieses



Cornelia Ernst im abgebrannten Lager Moria auf Lesbos © Leo Lentz

Schnellverfahren würde verpflichtend für die allermeisten Menschen, die nach Europa kommen und grundsätzlich für alle, die aus Seenot gerettet werden. Neu ist vor allem die Schaffung des sogenannten „Solidaritätsmechanismus“. Darunter fällt die Unterstützung für Mitgliedstaaten, die unter „Migrationsdruck“ stehen oder von Anlandungen nach Seenotrettungsaktionen betroffen sind. Dies kann in der Aufnahme von Antragsteller*innen durch Umverteilung bestehen, in sogenannten „Abschiebe-Patenschaften“ und/oder in capacity building und operationeller Unterstützung.

Viele der Vorschläge sind nicht neu, andere kennen wir von der politischen Rechten. Zwar sind mehr Mechanismen als bisher zur Umverteilung von Geflüchteten vorgesehen, solange jedoch keine Krisensituation offiziell festgestellt wird, ist diese freiwillig. Was das heißt, konnten wir in den letzten Jahren und Monaten sehen. Doch selbst bei einer Krisensituation wäre nicht gesichert, dass Geflüchtete umverteilt würden, schließlich bleibt den Mitgliedstaaten die Wahl, aufzunehmen, abzuschieben oder beim Abschieben zu helfen.

Ein Schelm, wer da nichts Arges denkt. Das fünf-tägige Screening ginge nur in geschlossenen Einrichtungen, das Schnellverfahren, deren Ziel die Ablehnung von Anträgen ist, würde die Anerkennungs-raten vieler Herkunftsstaaten unabhängig von der dortigen tatsächlichen Situation nach unten ziehen. Und die „Abschiebe-Patenschaften“ könnten dazu führen, dass beispielsweise Polen als Solidaritätsbeitrag zusagt, alle Afghan*innen von den griechischen Inseln abzuschieben. Dabei erhielten sie noch Hilfe von der FRONTEX-Agentur, die künftig selbst Abschiebungen durchführen soll. Und natürlich wird weiterhin auf bilaterale Abkommen mit Drittstaaten gesetzt, Massendeportationen wären die Folge.

Dass wir als Linksfraktion im EP wie die Löw*innen gegen dieses Paket ankämpfen werden, ist klar. Was wir jetzt aber umso mehr brauchen, ist der Protest der Zivilgesellschaft in möglichst vielen Mitgliedstaaten. Dieses Paket muss verhindert werden, weil es das Ende des individuellen Asylrechts in der EU und die legalisierte Entrechtung von Geflüchteten bedeuten würde.

Überreste des Lagers Moria auf Lesbos © Leo Lentz



©Uwe Schneider



Cornelia Ernst
Innen-, energie- und migrationspolitische Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament

2020: ZEIT FÜR DEN UMBRUCH IN DER HANDELSPOLITIK

Von Helmut Scholz

ES GIBT ZEITEN, DIE WERDEN GERN ALS ZÄSUR BEGRIFFEN, ALS EIN HISTORISCHES FENSTER DES WANDELS

2001 veränderte Chinas Beitritt zur WTO die internationale Handelspolitik und bewirkte gravierende Dynamiken in den internationalen Wertschöpfungs- und Lieferketten, neue Investitions- und Wirtschaftsstrategien sowie geopolitische und wirtschaftliche Herausforderungen im digitalen Zeitalter. Der Finanzkapitalismus geriet im Jahr 2008 in Folge krimineller Machenschaften bei der Kreditvergabe für den Traum vom Eigenheim in den USA schwer ins Straucheln. In der Finanzkrise attestierte sogar die FAZ, dass DIE LINKE die richtigen Fragen stelle. Damals wurde einiges aufgerüttelt, vieles neu gestrickt, einige Exzesse im Investmentbanking gestoppt. Das Ende des Finanzkapitalismus, den einige linke Ökonomen vorhersagten, blieb aber aus. Denn trotz gewisser Scham wurde die Logik des Geschäftsmodells beibehalten. Die wirtschaftlich stärksten EU-Mitgliedstaaten feierten ihre Erholung, während die Bevölkerung der wirtschaftlich schwächeren Staaten wegen Budgetaufsicht und Kürzungsdiktaten leiden musste. Wegen der Covid-19-Krise droht erneut eine Blase aus spekulativen Investitionen im US-amerikanischen Kreditmarkt zu platzen. Die Covid-19-Pandemie im Jahr 2020 ist global. Die Verbreitungs-Route des Virus entspricht der Vernetzung des Welthandels und der globalen Produktionsketten. Bei konkreten politischen Entscheidungen müssen also ihre Auswirkungen auf Mensch und Gesellschaft in anderen Regionen der Welt stärker mitgedacht werden.

Die bisherige Form des Wirtschaftens und Handels begünstigt Geschäftsmodelle, die die Abholzung von Wäldern, den Verlust der Artenvielfalt und den Klimawandel befördern. Der Mensch dringt in Lebensräume von Tieren vor und begünstigt damit die Krankheitsübertragung von Tier auf Mensch. Im April versprach mir der damalige EU-Handelskommissar Phil Hogan, zum ersten Mal vom Zusammenhang zwischen Handel und Virusverbreitung gehört zu haben. Er wolle aber Maßnahmen ergreifen, zumindest die negativen Auswirkungen des Handels zu unterbinden. Die EU-Kommission will nun in Kürze ein Gesetz vorlegen, um Importe von Produkten aus zuvor illegal gerodeten Gegenden zu verbieten.

Valdis Dombrovskis (Nachfolger des nunmehr zurückgetretenen Kommissars Hogan), Vize-Präsident der EU-Kommission, zuständig für die



Fair und ressourcenschonend – Voraussetzung für Freihandel © flickr.com_linksfraktion

Austeritätskontrolle und die Eurogruppe, lässt Nachhaltigkeit und Umweltschutz nur in die Politik einfließen, wenn es nicht anders geht. Er muss nun mit der von ihm zu verantwortenden EU-Handelspolitik die Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele bis 2030 sicherstellen. In seinem neuen Ressort versprach er eine europäische Einfuhrsteuer für Produkte, die mit einer schlechteren CO₂-Bilanz hergestellt wurden als dies für vergleichbare Produkte innerhalb der EU der Fall ist. Die Abholzung des Regenwaldes in Brasilien unter der Regierung Bolsonaro wertet er als so gravierend, dass er derzeit keine Möglichkeit für den Abschluss des Handelsabkommens EU-Mercosur sieht. Das EP hatte eine Ratifizierung dieses Abkommens in derselben Woche mehrheitlich abgelehnt.

Im Amazonasgebiet in Ecuador, zusammen mit einem Aktivistin von UDAPT und der damaligen Europaabgeordneten Lola Sánchez © THE LEFT in the EP



In der Generaldirektion Handel der EU-Kommission unter Leitung der deutschen Generaldirektorin Sabine Weyand ist der Wandel unpopulär. Sie widersprach ihrem Chef und behauptete, erst ein unterzeichnetes Abkommen gebe der Kommission die Hebel in die Hand, Bolsonaro am weiteren Kahlschlag zu hindern. Anders als die Umweltabteilung der Kommission, bleibt ihr Haus blind für die negativen Folgen dieser EU-Handelspolitik, die ihren Erfolg am gesteigerten Wirtschaftswachstum der EU bemisst.

Wir müssen den Erfolg unserer Politik – insbesondere der Handelspolitik – am gesellschaftlichen Fortschritt messen. Wir stehen vor der Aufgabe, den Klimawandel zu stoppen, Hunger und Armut zu überwinden, und die weiteren [15 UN-Nachhaltigkeitsziele](#) bis 2030 zu erreichen. In den nächsten Wochen geht es deshalb um verpflichtende EU-Gesetzgebung für Unternehmens-Verantwortung entlang der internationalen Lieferketten.

[Bis zum 15. November führte die EU-Kommission eine Konsultation zur zukünftigen Gestaltung der Handelspolitik durch.](#)

WIR MÜSSEN UNS VERSTÄNDIGEN ... ÜBER DIE ZUKUNFT DER EU

Von Helmut Scholz

*„Der Augenblick ist gekommen, um den veralteten Ballast über Bord zu werfen und sich für den kommenden Umbruch bereit zu halten, der so ganz anders ist, als man ihn sich vorgestellt hat.“ Altiero Spinelli und Ernesto Rossi:
Das Manifest von Ventotene, 1941.*

Es gilt, die Tabus zu brechen, die im letzten Jahrzehnt die soziale Ungleichheit verstärkt und viele Menschen an der EU haben zweifeln lassen, weil sie die europäische Integration nicht mehr als persönlichen und gesellschaftlichen Zugewinn erfahren. Auch der Vertrag von Lissabon wird den Anforderungen unserer Zeit bei Klimawandel, Umweltschutz, Migration, Zugang zu Bildung, Gesundheitsfürsorge, Digitalisierung, guter Arbeit und Alterssicherung nicht gerecht. Zu oft stehen nationale Egoismen und machtpolitische Interessen gemeinschaftlichem Handeln entgegen und werden doch unter dem EU-Label verkauft. Keine Gemeinschaft der Welt kann aber dauerhaft bestehen, wenn einige mehr als andere von dessen Mitgliedschaft profitieren. In Corona-Zeiten wird der Handlungsbedarf noch dringlicher: Wir müssen reden über unser solidarisches Zusammenleben und daraus Schlussfolgerungen für die Zukunft der EU ziehen.

Vor über einem Jahr machte EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen die Pläne für eine Konferenz über die Zukunft Europas zu einem zentralen Vorhaben ihrer Amtszeit und hielt sich an den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der im Europawahlkampf dafür plädierte, „alle notwendigen Änderungen an unserem politischen Projekt vor[zu]schlagen, ohne Tabus“. Das Europäische Parlament griff dies auf und fordert ausdrücklich die Beteiligung der Zivilgesellschaft in Form von repräsentativen Bürger*innen-Agoren, die die Themen selbst bestimmen sollen, die aus ihrer Sicht für einen Neuanfang der EU unerlässlich sind. Ziel dieser zweijährigen, ergebnisoffenen Konferenz ist das Erarbeiten konkreter Reformvorschläge.

Was behindert das Zustandekommen einer so lang geforderten Sozialunion? Wie soll die politische und gesellschaftliche Gewaltenteilung in der EU künftig funktionieren, um z. B. gemeinsame Lösungen für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik zu ermöglichen? Erlaubt uns die drängende Aufgabe eines sozial-ökologischen Umbaus unserer Wirtschaft überhaupt noch nicht-europäische Lösungsansätze? Auch das demokratische Funktionieren der EU ist zu stärken. Aber wer ist der „europäische Souverän“ und kann entscheiden, wie gemeinschaftliche Handlungsebenen zu verändern sind, um den Binnenmarkt nicht als Ziel, sondern als Dienstleister für alle in der EU lebenden Menschen zu machen? Zu diskutieren sind ferner Fragen des Wahlrechts, der Funktionsweise der EU-Institutionen und wie



Gleiche Chancen für alle, nicht nur in Schule und Ausstattung © Stefan Meller / pixabay

das Europäische Parlament als einzige direkt gewählte EU-Institution zu stärken ist. Ein legislatives Initiativrecht für das Parlament sowie die Einrichtung eines ständigen Mechanismus der Bürger*innen-Beteiligung sind längst überfällig.

Ursprünglich sollte die Konferenz bereits am 9. Mai 2020 beginnen, dem 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung. Den Menschen in Europa so viel Mitspracherecht bei der Gestaltung der Zukunft Europas zu geben und demokratische Mitwirkungsmechanismen auf EU-Ebene einzuführen, scheint allerdings nicht bei allen Regierungen und politischen Akteur*innen auf Resonanz zu stoßen. Deshalb steht der Konferenzstart noch immer in den Sternen.

Die Mitgliedstaaten und EU-Institutionen sollten sich dringend auf die Ideen und Schritte der Gründer-Väter und -Mütter des Integrationsprozesses zurückbesinnen. Bislang gelingt es den EU-Institutionen kaum, gesellschaftliche und kulturelle Werte mit dem Tempo der Integration zu verbinden. Auch die demokratischen und solidarischen Potenziale der EU werden nicht ausgeschöpft. Vielen Akteur*innen fehlt der Mut und die Bereitschaft, Entwicklungen ehrlich zu hinterfragen, neue Wege zur Meisterung der aktuellen Herausforderungen und Bewältigung der unterschiedlichen Krisen zu beschreiten und in den Mittelpunkt europäischen Handelns zu stellen. Gemeinschaftlich statt intergouvernemental muss die Methode sein, sonst verbleibt das europäische Projekt in einer Schieflage und unvollständig.

Fangen wir an zu reden,
und zwar jeweils von 18 bis 19.30 Uhr am:
13.10.2020 | Zukunft Europa: Migration und Asyl
27.10.2020 | Zukunft Europa: Klimakrise und Red Green New Deal
10.11.2020 | Zukunft Europa: Globale Strategie der EU
24.11.2020 | Zukunft Europa: Soziale Wirtschaftspolitik
08.12.2020 | Zukunft Europa: Demokratiedefizite der EU

Mehr Informationen unter dem Europaportal die-zukunft.eu und Anmeldungen unter helmut.scholz@ep.europa.eu

© THE LEFT in the EP



Helmut Scholz
Handels- und verfassungspolitischer Sprecher der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament

DIE LINKE. IM EUROPAPARLAMENT



MARTIN SCHIRDEWAN

Ko-Vorsitzender der Konföderalen Fraktion THE LEFT in the European Parliament

Mitglied der Konferenz der Präsidenten

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)

Mitglied im Unterausschuss für Steuerfragen (FISC)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)

Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu Kanada

Ansprechpartner für Thüringen, Niedersachsen und Bremen

Europäisches Parlament

Rue Wiertz 60 | ASP 01H162 | B-1047 Brüssel

☎ 0032 228 45 667

martin.schirdewan@ep.europa.eu

<https://www.martin-schirdewan.eu>

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Youtube](#)



CORNELIA ERNST

Innen-, energie- und migrationspolitische Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament

Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE)

Vorsitzende in der Delegation für die Beziehungen zum Iran

Ansprechpartnerin für Sachsen und Rheinland-Pfalz

Europäisches Parlament

Rue Wiertz 60 | ASP 02G302 | B-1047 Brüssel

☎ 0032 228 45 660

cornelia.ernst@ep.europa.eu

<https://cornelia-ernst.eu>

[Twitter](#)



ÖZLEM ALEV DEMIREL

Stellvertretende Vorsitzende im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)

Stellvertretende Vorsitzende der Delegation des Europaparlaments für die Beziehungen zur Türkei

Sprecherin für Arbeitsmarkt-, Sozial-, Friedens- und Sicherheitspolitik

Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET)

Ansprechpartnerin für Nordrhein-Westfalen und Hamburg

Europäisches Parlament

Rue Wiertz 60 | ASP 02G351 | B-1047 Brüssel

☎ 0032 228 45 589

oezlem.demirel@ep.europa.eu

<https://oezlem-alev-demirel.de>

[Facebook](#)

[Twitter](#)

[Instagram](#)



MARTINA MICHELS

Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament

Mitglied im Ausschuss der Linksfraktion THE LEFT im Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI)

Mitglied in der Delegation des Europaparlaments für die Beziehungen zu Israel

Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung Euronest

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT)

Ansprechpartnerin für Berlin und Sachsen-Anhalt

Europäisches Parlament

Rue Wiertz 60 | ASP 02G340 | B-1047 Brüssel

☎ 0032 228 45 834

martina.michels@ep.europa.eu

<https://martina-michels.de>

[Twitter](#)

[Facebook](#)



HELMUT SCHOLZ

Handels- und verfassungspolitischer Sprecher der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament

Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA)

Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO)

Mitglied in der Delegation des Europaparlaments für die Beziehungen zu Moldau

Mitglied in der Delegation des Europaparlaments für die Beziehungen zu Belarus

Mitglied in der Delegation des Europaparlaments für die Beziehungen zu den USA

Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung Euronest

Stellvertretendes Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China

Ansprechpartner für Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein

Europäisches Parlament

Rue Wiertz 60 | ASP 02G354 | B-1047 Brüssel

☎ 0032 228 45 893

helmut.scholz@ep.europa.eu

<https://helmutscholz.eu>

[Twitter](#)

[Facebook](#)

Die Delegation DIE LINKE. im Europaparlament online

www.dielinke-europa.eu

[Twitter](#)

[YouTube](#)

[Facebook](#)

Anfragen zu Bundesländern, die hier nicht aufgeführt sind, richten sich bitte an folgende Adresse:

andre.seubert@ep.europa.eu



DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Impressum

Herausgegeben von der Delegation der Partei DIE LINKE. im Europaparlament in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL/THE LEFT) im Europäischen Parlament · 73, Rue Belliard, Trèves 1 - TRI 07V003, B-1000 Brüssel, Belgien · www.dielinke-europa.eu · V.i.S.d.P. Martina Michels, Layout, Titelgrafik: amselrehase – form is function/Berlin · Online-Ausgabe · Redaktionsschluss: 25.11.2020 · Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.